

DRINGLICHE ANFRAGE von Sabine Sieber Hirschi (SP, Bauma), Beatrix Frey (FDP, Meilen) und Michael Zeugin (GLP, Winterthur)

betreffend Auswirkung Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative (Einführung einer einseitigen Schutzklausel zur Begrenzung der Zuwanderung)

Der Bundesrat hat anfangs Dezember 2015 bekannt gegeben, wie er die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen möchte. Er will die Zuwanderung von Personen, die unter das Freizügigkeitsabkommen mit der EU fallen, mittels einer Schutzklausel steuern. Dabei strebt er gemäss seiner Mitteilung vom 4. Dezember 2015 eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Für den Fall, dass mit der EU nicht rechtzeitig eine Einigung erzielt werden kann, wird der Bundesrat parallel dazu eine Botschaft mit einer einseitigen Schutzklausel erarbeiten. Letzteres würde eine Verletzung der Personenfreizügigkeit darstellen, die Bilateralen Verträge gefährden und die Beziehungen zur EU zerrütten.

Zürich ist als Wirtschafts- und Forschungsstandort auf die Zuwanderung angewiesen und profitiert davon. Zürcher Unternehmen kritisieren schon heute die Kontingentierung der Arbeitsbewilligungen aus Drittstaaten (Interview mit Ständerat Ruedi Noser im Tages-Anzeiger vom 21.12.2015).

25/2016

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen einseitiger Kontingente für die Zürcher Wirtschaft ein?
2. Gibt es aufgrund der durch die Masseneinwanderungsinitiative verursachten Rechtsunsicherheit bereits benennbare Auswirkungen für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich?
3. Wenn die Beziehungen der Schweiz zur EU aufgrund der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative weiter strapaziert werden und andere Abkommen/Verträge in Frage gestellt werden, welche Folgen hätte das für den Kanton Zürich? Welche wichtigen Verträge könnten beispielsweise betroffen sein?
4. Setzt der Regierungsrat sich beim Bund für die Aufrechterhaltung der Personenfreizügigkeit und der Bilateralen Verträge ein? Mit welchen Massnahmen?
5. Wie setzt sich der Kanton Zürich dafür ein, dass das Potenzial von inländischen Arbeitskräften ausgeschöpft werden kann? Welche Massnahmen auf nationaler und auf kantonaler Ebene erachtet er als sinnvoll speziell in Bezug auf die über 50-jährigen Arbeitnehmenden und gut ausgebildete Frauen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind, sowie für Flüchtlinge?

Sabine Sieber Hirschi
Beatrix Frey
Michael Zeugin

I. Bartal	M. Biber	B. Bloch	P. Ackermann	A. Berger
H. J. Boesch	R. Brunner	H. P. Brunner	B. Bussmann	L. Camenisch
A. Daurù	A. Erdin	M. Farner	K. Fehr Thoma	A. Furrer
R. Büchi	M. Dünki	J. Erni	S. Feldmann	D. Frei
S. Gehrig	H. Göldi	D. Häuptli	C. Hänni	A. Hauri
E. Häusler	D. Hodel	O. M. Hofmann	A. Geistlich	B. Gschwind

B. Habegger	D. Heierli	F. Hoesch	M. R. Homberger	A. Jäger
R. Kaeser	M. Romer	J. Kündig	R. Lais	R. Margreiter
S. Marti	R. Joss	A. Katumba	P. Koller	K. Kull
T. Langenegger	D. Loss	T. Marthaler	S. Matter	E. Meier
R. Munz	J. Peter	S. Rueff	M. Sarbach	B. Schaffner
B. Scherrer Moser	A. Müller	M. Neukom	M. Rohweder	M. Spillmann
E. Straub	T. Vogel	Ch. Schucan	M. Späth	R. Steiner
B. Tognella	S. Trost Vetter	P. Vollenweider	S. Wettstein	T. Wirth
C. Wyssen	M. Wicki	C. Widmer	H. W. Wiesner	Ch. Ziegler